

**Änderungsantrag zum Antrag 1144-2022 der Verwaltung zur Kreistagssitzung 20.06.2022**

***Haushaltssatzung und Haushaltsplan***

***Beschlussempfehlung:***

***1. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss Darmstadt Dieburg das vorliegende Haushaltssicherungsgesetz-formuliert im Doppelhaushalt 2022/2023 S.774/775- des Regierungspräsidium angesichts von Inflation, Coronakrise und Krieg um die Ukraine nicht umzusetzen.***

***2. Bereits beschlossene Konsolidierungsmaßnahme um den Pakt für den Nachmittag und den DaDina Liner- mit den Vorlage 949 + 1176 beschlossen, sind zu ignorieren,***

***3. Der Kreisausschuss wird durch den Kreistag Darmstadt Dieburg gebeten , in Gesprächen mit den Regierungspräsidium Darmstadt (Frau Lindscheid)und der hess. Landesregierung auf die „besondere Armutslage „ des Landkreises Darmstadt Dieburg hinzuweisen, mit dem Ziel der Beendigung des Haushaltssicherungskonzeptes. Die Verschuldung des Landkreises ist in seiner derartigen Form zu akzeptieren.***

***4. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss Darmstadt Dieburg die für den Landkreis Darmstadt Dieburg zuständigen Bundestagsabgeordneten aufzufordern,sich im Bundestag für ein 100 Milliarden Sofortprogramm für Kommunen und Landkreise einzusetzen. Die Bundestagsabgeordneten werden gebeten zeitgemäß im Kreistag Darmstadt Dieburg über den Erfolg/Misserfolg der Maßnahme zu berichten,***

***Begründung:***

***Die Preise für Energie und Lebensmittel steigen,mit ihnen die gesellschaftliche Ungleichheit.Der Landkreis Darmstadt Dieburg ist - sozial betrachtet- deutlich benachteiligt gegenüber den Nachbarkreise Odenwald,Stadt Darmstadt, Kreis Bergstraße und Groß Gerau. Dort gibt es Teilhabekarten für die Ärmsten, Mieten die vom Sozialgericht anerkannt werden. Jobcenter ,die in Kürze erreichbar sind.Während jeden Monat 150000 € den Ärmsten wegen Unangemessenheit die Mieten gekürzt werden, gehen die Mieten durch die Decke. Das Gesundheitssystem des Landkreises Darmstadt-2 öffentliche Kliniken in Groß Umstadt und Seeheim- verschärfen durch ihre unbefriedigende Invenstitionsbeteiligung der hess. Landesregierung , die extreme Verschuldung im Landkreis Darmstadt Dieburg. Die Forderung einer Konsolidierung durch das RP basiert im wesentlichen auf die unbefriedigende Lage in der Gesundheitspolitik durch das Land Hessen und die Maßnahmen gegen die ungerechte Verteilung des Reichtums im Landkreis Darmstadt Dieburg***

**durch die Bundesregierung.**

**Der Landkreis Darmstadt Dieburg ist unterfinanziert. Ich fordere ein „Sondervermögen Kommunen und Landkreise“ für 100 Milliarden. Ehe dies nicht durch den Bundestag beschlossen wurde und von den Bundestagsabgeordneten der Region Darmstadt Dieburg unterstützt wurde, hat jegliches Haushaltssicherungskonzept zu Lasten der 300 000 Bürger zu unterbleiben. Die Schulden des Landkreises haben vorrangig externe Gründe !**

**Für Menschen mit geringem Einkommen hat diese Konsolidierung im Landkreis Darmstadt Dieburg fatale Auswirkungen - für sie ist das Lebensnotwendige kaum erschwinglich. Aber auch Familien mit mittlerem Einkommen müssen sich einschränken. Die Angst bei ganz vielen Bürgern im Landkreis vor der Zukunft wächst. Das Unverständnis für ein 100 Milliarden Sondervermögen Bundeswehr – durch die Bundesregierung beschlossen – ebenso. Bei dieser unglaublichen Verschwendung der Steuergelder zu Gunsten der Rüstungsunternehmen, muss der Kreistag eine Antwort geben.**

**Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine bestimmt die Logik der Eskalation das Denken und Handeln der pol. Verantwortlichen im Kreistag Darmstadt Dieburg immer stärker. Die Gefahr der Ausweitung des Konfliktes – mit nicht überschaubaren Folgen für die Bürger des Landkreises - wächst. Zu keinem Zeitpunkt, seit dem Ende des Kalten Krieges war das Risiko eines Atomkrieges in Europa so groß wie heute..**

**Umso wichtiger ist es, dass der Kreistag Darmstadt Dieburg seinen Bürgern eine laute soziale Stimme gibt, die sich sehnlichst eine verantwortungsvollere Politik für sozialen Ausgleich und Frieden wünschen. In dieser Situation das vorliegende Haushaltssicherungskonzept mit all seinen unsozialen Aspekten – auf Seite 774 und 775 des Doppelhaushaltes formuliert - ist der falsche Weg. Besonders unsozial ist der Umgang mit dem Thema Pakt für den Nachmittag. Sie wollen diejenigen, die sich nicht wehren können - die Eltern und Kinder – heranziehen, um die Defizite der Bundes und Landesregierung auszugleichen. Der Satz auf Seite 775 des Doppelhaushaltes der geraden beschlossenen Erhöhung für den PFN auf 80 € macht mich fassungslos. Dort steht „Stufenweise Erhöhung der Elternbeiträge im Pakt für den Nachmittag und Erste Erhöhung auf 80 € zum 1.8.2022... dann sukzessive Erhöhung auf 90 bzw. 100 Euro „  
**Ich rufe zum Widerstand gegen dieses Spardiktat des RP auf. Wehren sie sich mit mir dagegen, dass diejenigen, die sich nicht wehren können, die Defizite der Landes und Bundesregierung zahlen sollen.****

**Wer die finanzielle Lage des Landkreises beheben möchte, muss die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Landkreis und im Land beenden.**

**Statt Schuldenbremse und Kürzungsdiktat des RP, welches in der Konsolidierung umgesetzt werden soll, muss das Land und die Bundesregierung durch ein Sondervermögen Kommune und Landkreise in Höhe von 100 Milliarden in die Pflicht genommen werden, und für auskömmliche Mittel zur Erfüllung der Aufgaben der Kommunen und Landkreise nachzukommen.**

**Mit diesem Doppelhaushalt machen sie die Bürger des Landkreises für eine desaströse Steuerpolitik verantwortlich...**

**Daher nehmen sie Kontakte mit dem RP, der hess Landesregierung und den für den Landkreis zuständigen Bundestagsabgeordneten auf, dieses vorliegende Kürzungsdiktat für seine 300 000 Bürger zu beenden. Die Bürger haben eine bessere Politik verdient, als dieses Spardiktat.**

**Werner Bischoff  
fraktionslose Linke**